

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/214

8. November 1976

Keine soldatische Pflicht ohne politische Verantwortung

Notwendige Klarstellungen zu dem aktuellen Bundeswehr-
problem

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Partei- und Fraktionsvorstandes der SPD

Seite 1 bis 4 / 145 Zeilen

Studentische "Aktionstage" für den Weg in die Isolierung?

Den Schaden haben die Studenten und die Gesellschaft zu
tragen

Von Dr. Peter Glotz MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Bildung und Wissenschaft

Seite 5 und 6 / 68 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

DDR: "Sozialistische Demokratie und Landesverteidigung"

Seite 7 und 8 / 82 Zeilen

Neue Rufnummer:

21 90 38/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckart

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 150-466
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 30
Telex: 08 86 846-40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Keine soldatische Pflicht ohne politische Verantwortung

Notwendige Klarstellungen zu dem aktuellen Bundeswehrproblem

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Partei- und des Fraktionsvorstandes der SPD

Die öffentliche Diskussion um die Entlassung der Generale Krupinski und Franke droht in ihrer Mischung von Tatsachen und verdrängter Wirklichkeit, im Konflikt von militärischer Tradition und deutscher Geschichte sowie im Nebeneinander von parlamentarischer Kritik, Parteienstreit und Ministerentscheidung zu einem unentwirrbaren Knäuel zu werden.

Weder die Bundesregierung noch die Regierungsparteien, besonders die den Kanzler und den Verteidigungsminister stellende SPD, können eine solche Entwicklung der Diskussion passiv hinnehmen. Dabei geht es nicht nur um die Auseinandersetzung mit der Opposition. Die äußere Sicherheit unseres Staates verlangt ein intaktes Verhältnis von Regierung und Bundeswehr, die innere demokratische Stabilität der Bundesrepublik verlangt ein ungebrochenes Verhältnis der Bundeswehr zu den demokratischen Parteien. Soweit es um die SPD geht, wird sie alles tun, Klarheit herbeizuführen über ihren Willen, den seit sieben Jahren von den sozialdemokratischen Verteidigungsministern Helmut Schmidt und Georg Leber eingeschlagenen Weg einer in die demokratische Gesellschaft integrierten, zugleich für ihre Aufgabe hochqualifizierten Bundeswehr fortzusetzen.

Vor diesem Ziel wird die Entlassung der Generale nur verständlich, wenn die Grundbedingungen des Wirkens einer bundesrepublikanischen Armee im eigenen Land und in Europa nach zwölf Jahren Nationalsozialismus nicht abgelehnt, vergessen oder verdrängt, wenn die aus diesen historischen Grundbedingungen abgeleiteten militärischen Führungsprinzipien von der politischen und militärischen Führung nicht nur verbal bejaht sondern auch praktiziert, und, wenn erforderlich, mit Entschiedenheit durchgesetzt werden.

+

1958, noch in der Anfangsphase der Bundeswehr, hat Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher in einem zeitgeschichtlichen Beitrag, überschrieben "Die deutsche Armee zwischen Republik und Diktatur", die wechselnde, insgesamt aber verhängnisvolle politische Rolle der Armeeführung untersucht von Ludendorffs und der Obersten Heeresleitung Militärdiktatur am Ausgang des I. Weltkrieges über das illusionäre Sonderbewußtsein eines "Staats im Staat" der Reichswehr durch Saacke bis hin - so Bracher - zu den "geringen Kritik- und Widerstandskräfte(n), die ein der Fachmannsideologie verschworenes militärisches Traditionsbewußtsein dann den machtpolitischen Verlockungen und der modernen Manipulationstechnik des totalitären Staates entgegenzusetzen hatte."

Bracher kommt zu dem Ergebnis: "Wie die stete demokratische Kontrolle des Staates allein einer rechtsstaatlichen Ordnung Dauer verleiht, so kann

auch nur die kontrollierte politische Einordnung der Armee, die Unterordnung des militärischen unter das politische Denken das rechte Verhältnis zwischen beiden schaffen."

+

Wer immer nach 1945 als Offizier in den Führungspositionen der Bundeswehr Verantwortung übernommen hat, mußte wissen, muß auch heute noch wissen, daß aus unserer geschichtlichen Erfahrung heraus sein Dienen, seine Verantwortung schwieriger ist als in den Armeen unserer Verbündeten im demokratischen Europa. Soldatisches Pflichtbewußtsein aus Tradition: ja! - aber ausschließlich militärische, von der politischen Verantwortung gelöste Pflicht: nein!

Traditionspflege in der Bundeswehr bedeutet nicht nur die Erinnerung an bemerkenswerte, beachtenswerte soldatische Traditionen der Vergangenheit sondern auch bewußte Lösung von falschem Traditionsdenken, damit die von der Bundeswehr in unserem Lande erstmalig zu vollbringende Tat, Begründung der Tradition einer der Demokratie verpflichteten Armee, Wirklichkeit werden kann.

So hat die politische Gegenwartsaufgabe - Begründung einer demokratischen Tradition in der Armee - absoluten Vorrang vor der historischen Traditionspflege. Die zeitliche Entfernung vom NS-System ändert nichts an der Brisanz dieses Problems. Im Gegenteil. Die nachlassende Erinnerung an Hitler darf die für die geistige Haltung einer Armee politisch verhängnisvolle Haltung Rudels nicht "soldatisch verklären".

+

Einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken ist Pflicht eines jeden Bundesverteidigungsministers, gleich welcher Partei er angehört. Gerät die Bundeswehr durch die Haltung einzelner ins Zwielflicht, hat der Verteidigungsminister klarzustellen, daß in der Bundeswehr die Prinzipien der politischen Führung gültig sind. Dies ist geschehen. Die zu treffende Maßnahme ist seine Entscheidung. Die Reaktionen des Parlaments, vor und nach dieser Entscheidung, vollziehen sich auf der anderen Ebene eines Bundesorgans und können die unmittelbare Verantwortlichkeit des Ministers nicht berühren. Zu prüfen ist allerdings, ob der Traditionserlaß des Bundesverteidigungsministers von Hassel CDU-MdB aus dem Jahre 1965 in der Truppe des Mißverständnisses begünstigt hat, es gebe einen Vorrang des bloß Militärischen vor der politischen Verantwortung. Wenn es nur den Hauch des Anscheins eines solchen Mißverständnisses aus diesem Erlaß heraus geben sollte, dann ist er unverzüglich zu ändern.

+

Der frühere Oberst Rudel war sicher ein tapferer Soldat, aber er ist ein von den geschichtlichen Ereignissen unbelehrbarer Soldat des II. Welt-

krieges, und er ist seiner politisch-geistigen Gesinnung nach heute noch ein unbelehrbarer Nationalsozialist. Männer wie Rudel sind, überdeckt bei Traditionstreffen die einstige soldatische Leistung die geistige Haltung, auch fähig, den durch die Innere Führung angestrebten Weg der demokratisch denkenden Armee infrage zu stellen.

+

Es ist un wahr und eine falsche Darstellung sozialdemokratischer Politik, zu behaupten oder den Anschein zu erwecken, die SPD sei nicht fähig gewesen, denen eine politische Chance zu geben, die aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des II. Weltkrieges gelernt haben. Es war Kurt Schumacher, der gefordert hat, auch denen, die aus den Irrtümern unter Hitler Konsequenzen ziehen wollten - ob einstige Hitlerjugend-Führer oder Soldaten der Waffen-SS - den Weg in die Demokratie zu ebnen. Es war Herbert Wehner, der diesen Weg Schumachers von Anfang an mitgetragen hat.

Es gehört zu den Geschmacklosigkeiten der politischen Auseinandersetzung, einen Demokraten wie Herbert Wehner gegen unbelehrbare Rechteradikale wie Rudel aufzurechnen. Nicht nur, daß Herbert Wehner einer der Wenigen ist, die seit 1949 dem Bundestag angehören und für unsere Demokratie viel geleistet haben: Als Wehner als junger Arbeitsloser Kommunist wurde, gab es keinen Stalinismus, und als er ihn kennenlernte, hörte er auf, ein Kommunist zu sein. Weil er gegen Hitler und Stalin war, jedesmal hat Wehner sein Leben riskiert.

Wehner, der durch das Ermächtigungsgesetz ein Freiwilliger für die Gestapo wurde, mit denen zu vergleichen, die Hitler den Weg bereiteten oder ihm heute noch nachtrauern, dies ist nur in einem Lande möglich, in dem nach wie vor Ursache und Wirkung des geschichtlichen Prozesses verdrängt werden. Deshalb ist es nicht nur absurd, historisch falsch, sondern auch moralisch verwerflich, einen Demokraten wie Herbert Wehner als "Kommunisten" gegen die radikale Rechte aufzurechnen.

+

Der nach 1945 von der SPD begonnene Weg, aus Verantwortung für die Demokratie ein anderes Verhältnis zur Armee als das historisch Überlieferte zu begründen, kann durch die gegenwärtigen Vorgänge nicht unterbrochen werden. Kurt Schumacher hat diesen Weg begonnen; Erich Dillenbauer, Carlo Schmid, Herbert Wehner, Fritz Erler, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Georg Leber, sind diesen Weg konsequent weitergegangen.

Seit sieben Jahren wird die Bundeswehr von sozialdemokratischen Verteidigungsministern geführt. In diesen sieben Jahren sozialdemokratischer Führung hat die Bundeswehr ihre Fähigkeit verbessert, ihrem Verteidigungsauftrag gerecht zu werden. Die Bundeswehr ist als Armee fest in unserem demokratischen Staat integriert. Sie ist als eine deutsche

Armee neuen Typs anerkannt im Verteidigungsbündnis der atlantischen Allianz. Dies soll und wird so bleiben. Gerade weil es so bleiben soll, muß die Frage der Inneren Führung einen hohen Rang einnehmen, muß der Verteidigungsminister darauf achten, daß einzelne das Gesamtbild nicht verfälschen. Für die SPD ist im Verhältnis zur Bundeswehr immer noch gültig, was sie 1964 durch ihren Parteitag in Karlsruhe beschlossen hat:

Die gegenwärtigen Probleme der Bundeswehr sind lösbar; die gegenwärtigen Schwächen sind reparabel. Hierfür müssen zusammenwirken:

a/ Parlament und Regierung müssen den Entschluß fassen, der Bundeswehr wirklich helfen zu wollen. Dazu müssen sie sich befähigen, aus eigener Anschauung die innere Situation der Bundeswehr zu verstehen; dazu sind häufige Kontakte mit Soldaten aller Dienstgrade nötig - die Institution des Wehrbeauftragten ist dazu ein notwendiges Instrument; Institutionen allein reichen jedoch nicht aus.

b/ Soldaten, Beamte, Angestellte und Arbeiter der Bundeswehr dürfen weder wegen der großen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, noch wegen der erheblichen öffentlichen Kritik resignieren. Sie müssen vielmehr wissen, daß in einem demokratischen Gesellschaftsgefüge - anders als früher in Deutschland auch die Streitkräfte Gegenstand öffentlicher und zum Teil auch harter Diskussion sein müssen. Den Soldaten und Beamten der Bundeswehr ist Treue zur übernommenen Aufgabe kein bloßes Schlagwort; ihre Loyalität darf aber nicht mißbraucht, sie muß vielmehr so erschöpfend wie möglich zum öffentlichen Wohle genutzt werden.

c/ Die öffentliche Meinung und alle Bürger schlechthin müssen wissen, daß der Bundeswehr nicht mit Schlagwort-Diskussionen geholfen werden kann. Vor allem kommt es darauf an, den Soldaten Vertrauen entgegenzubringen und ihnen dort, wo es nötig ist, beim Aufsuchen besserer Wege Hilfsbereitschaft zu bezeigen. Die Bürger müssen wissen, daß eine in ihrer Grundgesinnung demokratische Armee auf die Dauer nur dann möglich ist, wenn sie von einem in seiner Grundgesinnung demokratischen Volke akzeptiert wird. Dazu müssen die Bürger den Auftrag der Bundeswehr kennen und verstehen.
(-/9.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Studentische "Aktionstage" für den Weg in die Isolation?

Den Schaden haben die Studenten und die Gesellschaft zu tragen

Von Dr. Peter Glotz MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Der Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) hat - gegen die Stimmen der Jungsozialisten und Jungdemokraten - zu "Aktionstagen im Wintersemester" aufgerufen. Wer von den Sprechern der Studentenschaft eine klare und realistische Einschätzung der Hochschulprobleme sowie der Aufgaben und Möglichkeiten der Studenten erwartet hat, sieht sich enttäuscht.

Niemand wird den Studenten ihr gutes Recht bestreiten, sich für ihre Interessen an höherer Ausbildungsförderung, ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten an den Hochschulen und freier Zugangsvoraussetzung zu weiterführenden Studiengängen einzusetzen. Hochschulen und Staat müssen sich dieser Diskussion stellen. Aber die Studenten würden ihre Aussicht auf politische Unterstützung verspielen, wenn sie nur Ansprüche an die steuerzahlende Bevölkerung formulierten und eigene Anstrengungen und Bemühungen unterließen. Vom VDS wird großzügig verschwiegen, daß es Ende der 80er Jahre - nach anschwellenden Studentenzahlen ab 1979/80 - weniger Studenten geben dürfte als heute. Soll der Staat für ein knappes Jahrzehnt Milliarden in einen Ausbau investieren, der 1988 oder 1990 Überkapazität wäre? Muß er in dieser Situation nicht eine zeitweise Überlastung der Hochschulen vorsehen?

Der Numerus clausus, so heißt es in dem Aufruf, soll völlig abgeschafft werden, aber nicht etwa auch durch Reform des Studiums, sondern ausschließlich durch mehr Geld für den Ausbau der Hochschulen. Allein der Gedanke an die bei dem Großbetrieb Universität noch bitter nötige Beachtung "betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte" scheint die Verfasser erschauern zu lassen. Über eine "organisierte Überfüllung der Hochschulen" wird polemisiert, aber kein Wort darüber verloren, daß die Ausstattung unserer Hochschulen trotz der Vervielfachung der Studentenzahlen heute wesentlich besser ist als etwa noch 1960 und jedem internationalen Vergleich standhalten kann.

Das Wort von der "organisierten Überfüllung", das der VDS-Rest ausgesprochen hat, ist ein Fußtritt für die Öffnungspolitik der Bundesregie-

regierung. Hier machen sich einige Studentengruppen - gegen den Willen der Jungsozialisten und Jungdemokraten - zum Sprecher derer, die glücklich in der Hochschule sind: gegen die, die vor ihren Türen stehen. Dann daß die Forderung nach einem Hochschulausbau ohne Berücksichtigung des mittel- und langfristigen demokratischen Trends utopisch ist, weiß jeder halbwegs Kundige.

Eine studentische Politik, die ernstgenommen werden will, muß diese Fakten zur Kenntnis nehmen, ebenso wie das Hochschulrahmengesetz als geltendes Recht. Die verzerrte Darstellung der gesetzlichen Regelungen und Falschinformationen über die Gesetzesziele verhindern die sachliche Diskussion und erschweren damit eine sinnvolle Nutzung der vom Gesetz eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten.

Vor allem aber werden die Studenten bei einer solchen Agitation im Unklaren gelassen über die entscheidenden Fragen ihrer Berufsvorbereitung durch das Hochschulstudium und über die Möglichkeiten eigener Einflußnahme. Die im Aufruf geforderte völlige Abschaffung des Numerus clausus - wie auch eine realistische Politik der Öffnung der Hochschulen - muß zusammen gesehen werden mit den veränderten Beschäftigungsmöglichkeiten der Hochschulabsolventen. Wenn 20 oder 25 vH eines Altersjahrgangs mit einem Hochschulabschluß in das Erwerbsleben treten, werden für sie nicht, wie noch für die kleine akademische Elite früherer Jahrzehnte, die Spitzenpositionen der Beschäftigungspyramide reserviert sein. Diese Situation muß Konsequenzen haben für das Studienangebot selbst. Bei der Bewältigung dieser zentralen Gestaltungsaufgabe, die weit in unsere Berufsstruktur hineinwirkt, sind das Urteil, die Erwartungen und die Mitarbeit der Studenten gefordert. Mit der polemischen Abwehr von Studienreformkommissionen und stärkerer Vorbereitung auf die berufliche Praxis werden die Studenten diesen Beitrag nicht leisten können. Sie werden sich vielmehr von ihren eigenen Interessen und von den Erwartungen der Öffentlichkeit isolieren. Den Schaden haben die Studenten und die Gesellschaft.

(-/8.11.1976/vd/pr/ee)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes:

DDR: "Sozialistische Demokratie und Landesverteidigung"

Unter diesem Titel veröffentlichte die Detberliner "Volksarmee" einen Leitartikel des Volksarmee-Obersten Dr. Werner Hübner. Wir dokumentieren den Artikel in voller Länge, weil die Ausführungen eines Politoffiziers der DDR deutlichen Aufschluß über die vom SED-Regime unternommenen Versuche der Einbeziehung der DDR-Bevölkerung in die geplante Gesamtmobilisierung des zweiten deutschen Staates geben.

"Im Soldatenalltag, der von Befehl und Gehorsam bestimmt ist, nimmt sich das Thema fast ein wenig provokatorisch aus, zumal Demokratie oft lediglich als unorganisiertes Diskutieren mit anschließender Mehrheitsabstimmung angesehen wird, die der Praxis militärischer Einzelleitung völlig widerspricht. Wenn es mit unserer Demokratie so wäre, dann allerdings. Doch die umfassende Mitwirkung aller am Aufbau des Sozialismus interessierten Klassen und Schichten unter der Führung der Arbeiterklasse bei der Verwirklichung dieser Aufgabe, das ist der Inhalt sozialistischer Demokratie, der mit vielfältigen Formen in unserem Alltag umgesetzt wird.

In der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sind die Bürger von ihrer sozialen Stellung her an der Festigung und Sicherung dieser gesellschaftlichen Ordnung, die ihnen innere und äußere Sicherheit bietet, interessiert. Die Zahl derer, die sich seit dem VII. Parteitag der SED durch persönliche Leistungen und Initiativen mit der Politik der Avantgarde der Werktätigen identifizieren, ist größer geworden. Mit der auf das Wohl des Volkes gerichteten Politik der Partei, mit ihrer Volkverbundenheit und ihrem Realismus - was der VII. Parteitag beschloß, wurde Wirklichkeit - haben sich die Grundmotive für die Verteidigung, die Parteiliebe für den Sozialismus, wie er sich in der DDR verwirklicht, und der Wunsch, in Frieden im Sozialismus zu leben, gefestigt. Die Dialektik von innerer Sicherheit, dem gesellschaftlichen Sein in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und äußerer Sicherheit, der auf die Gewährleistung der günstigsten äußeren Bedingungen gerichteten Außen- und Sicherheitspolitik, ist die entscheidende Grundlage für die Erkenntnis der Bürger, daß der kollektive Schutz des Sozialismus objektiv notwendig ist und persönliches Engagement verlangt. So verbreiterte sich im Ergebnis der erfolgreichen Politik der SED seit dem VIII. Parteitag die soziale, ökonomische und politische Basis, auf der sich die Bereitschaft aller Bürger gründet, die sozialistischen Errungenschaften und den Frieden zu verteidigen.

Das ist gleichzeitig das Fundament sozialistischer Demokratie. Der Genosse, der 'Bester' in seiner Gruppe wurde, gab sich Mühe zum Besten der Gemeinschaft. Das ist ein Stück sozialistische Demokratie. Er handelt vorbildlich im Sinne dieses Wortes und bestimmt damit das Niveau in seinem Kollektiv. Sozialistische Macht wird demokratisch, also als Herrschaft des Volkes ausgeübt durch die schöpferische Umsetzung der auf die Friedenssicherung und die weitere Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung gerichteten Politik unseres Staates.

Der IX. Parteitag der SED hat Weg und Ziel dazu festgelegt.

Alle Anstrengungen und Erfolge zum Nutzen der Verteidigung des Sozialismus sind undenkbar ohne die Initiative der Werktätigen. Die Gesetze unseres Staates, die Rechte und Pflichten zur Verteidigung festlegen, das Verteidigungsgesetz, das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht, das Jugendgesetz und das Zivilverteidigungsgesetz - alle gehen sie von dieser, nur der sozialistischen Ordnung eigenen Tatsache aus. Welche Initiativen sind das, die den Zusammenhang von sozialistischer Demokratie und Verteidigung in der Praxis des Lebens herstellen? Die 106.626 Kollektive der sozialistischen Arbeit, die 1975 diesen Titel verliehen bekamen, erfüllen als Teil ihrer Verpflichtungen Aufgaben der Verteidigung. Das Arbeitskollektiv mit seiner Meinung und seiner Verpflichtung steht hier für sozialistische Demokratie. Hierzu zählen auch Tausende Kampfkollektive in der NVA, die mit dem Streben nach beständig hohen militärischen Leistungen sozialistische Demokratie verwirklichen.

Jeder weiß, daß im Kampf-, Arbeits- oder Lernkollektiv, in dem eine offene Atmosphäre herrscht, dem Meinungsstreit im Interesse der Sache keine Grenzen gesetzt sind. In der von sozialistischer Einstellung geprägten Diskussion um größeren Nutzen, höhere Effektivität, um beste Wirksamkeit unserer Verteidigungsanstrengungen, gewinnt das demokratische Prinzip Gestalt. Überprüfte man alle Bereiche unserer Gesellschaft danach, würde unsere Liste sehr umfangreich: Jeder Elternbeirat befaßt sich mit sozialistischer Wehrerziehung; Tausende gewählte Elternvertreter unterstützen wehrpolitische und wehrsportliche Veranstaltungen der Jugend; wiederum Tausende geben ihre Kenntnisse als Ausbilder in Arbeitsgemeinschaften weiter, bilden Militärkraftfahrer oder Funker in der GST aus, und nicht weniger Werktätige bilden Selbstschutzkomitees der Zivilverteidigung, wirken in deren Einsatzkräften mit oder erläutern als Referenten der URANIA die Militärpolitik.

Dabei sind noch nicht jene genannt, die als Abgeordnete der unterschiedlichen territorialen Volkvertretungen in Kommissionen Verteidigungsfragen, die sozialistische Wehrerziehung oder Probleme von Ordnung und Sicherheit als Aufgabenbereich wahrnehmen. Zu den ständigen Ausschüssen der Volkskammer der DDR gehört der Ausschuß für Nationale Verteidigung. Es ist selbstverständlich, daß Abgeordnete aus der Nationalen Volksarmee und den anderen bewaffneten Organen in den Volkvertretungen mitwirken.

Derart haben staatsbürgerliche Verantwortung und das Praktizieren sozialistischer Demokratie zur Stärkung der Verteidigungskraft der DDR eine große Breite und Vielfalt erreicht." (-/8.11.1976/vp/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller